

Seitz, Klaus

"Nicken Sie nicht - tun Sie was!". Stationen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Österreich

ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 17 (1994) 4, S. 2-14



Quellenangabe/ Reference:

Seitz, Klaus: "Nicken Sie nicht - tun Sie was!". Stationen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Österreich - In: *ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik* 17 (1994) 4, S. 2-14 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-63956 - DOI: 10.25656/01:6395

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-63956>

<https://doi.org/10.25656/01:6395>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der

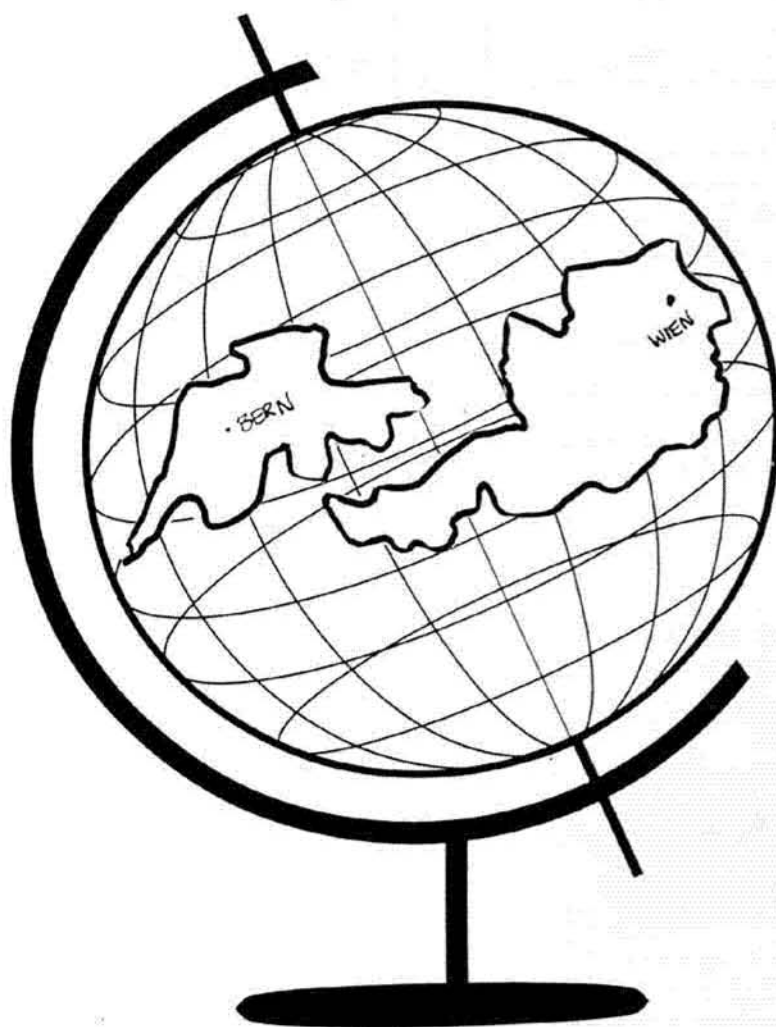

Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

ZEP

17. Jahrgang Heft 4
ISSN 0175-0488 D
Preis: 9,50 DM

Mit:
Mitteilungen der
Kommission "Bildungs-
forschung mit der Dritten
Welt"



Aus dem Inhalt:
Entwicklungsbezogene Bildung im
deutschsprachigen Ausland
Ethnologie: Bei den Nivacleindianern, Teil 2

Österreich / Schweiz

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

17. Jahrgang Dezember **4** 1994 ISSN 0175-0488D

Inhalt:

- | | | |
|------------------------|-----------|--|
| Klaus Seitz | 2 | "Nicken Sie nicht - tun Sie was!" Stationen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Österreich |
| Christian Graf-Zumsteg | 15 | Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Schweiz |
| Verena Regehr-Gerber | 21 | Sozialisation und Erziehung bei den Nivacleindianern früher und heute. Teil 2 |
| ZEPpelin | 30 | Der Brunnen mit dem Kinde.. |
| | 31 | Rätsel-Ecke |
| DGfE | 32 | Mißverständnisse ausgeräumt. Protokoll eines Gesprächs |
| DGfE | 34 | Professor Dr. Dietrich Goldschmidt zum 80. Geburtstag |
| | 35 | Leserbrief |
| | 38 | Rezensionen |
| | 39 | Materialien zur Bildungsarbeit, Schwerpunkt Afrika |
| | 40 | Informationen |

Impressum: ZEP - Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 17.Jg 1994 Heft 4. **Herausgeber:** Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V. **Schriftleitung:** Alfred K. Tremi **Redaktionsanschrift:** 21521 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. **Redaktions-Geschäftsführer:** Dr. Annette Scheunpflug, Tel. 040/6541-2565 **Technische Redaktion:** Dr. Arno Schöppe, Tel.: 040/6541-2912. **Ständige Mitarbeiter:** Prof. Dr. Hans Bühler, Weingarten; Prof. Dr. Asit Datta, Hannover; Dr. Hans Gängler, Dortmund; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dipl. Päd. Ulrich Klemm, Ulm; Prof. Dr. Renate Nestvogel, Essen; Prof. Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Annette Scheunpflug M.A., Hamburg; Klaus Seitz M.A., Nellingenheim; Barbara Toefer, Weimar/Marburg; Prof. Dr. Alfred K. Tremi, Hamburg. **Kolumnen:** Christian Graf-Zumsteg (Schweiz); Veronika Prasch (Österreich); Barbara Toefer (ZEPpelin). **Technische Bearbeitung/EDV:** Sigrd Görgens, Esther Neumann, Heike Dohmen, Kerstin Tschinkel **Verantwortlich i.S.d.P.:** Der geschäftsführende Herausgeber. **Abbildungen:** (Falls nicht bezeichnet) Privatfotos oder Illustrationen der Autoren. **Diese Publikation ist gefördert vom Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik, Stuttgart. Das Heft ist auf umweltfreundlichem chlor-freiem Papier gedruckt.**

Anmerkung: Generische Maskulina und Feminina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 36,-. Einzeltiefe DM 9,50; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlag: Verlag für Interkulturelle Kommunikation (IKO), Postfach 90 09 65, 60449 Frankfurt/ Main, Tel.: 069/784808; ISSN 0175-0488 D

Klaus Seitz

„Nicken Sie nicht - tun Sie was!“

Stationen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Österreich

Nicht nur dem reizvollen Flair der Hauptstadt Wien und der Faszination der Alpenlandschaft ist es zu verdanken, daß die deutsche entwicklungspädagogische Szene gelegentlich staunend und neidvoll auf das Nachbarland Österreich blickt. Auch die entwicklungspolitische Bildungslandschaft Österreichs weist eine Reihe von Errungenschaften auf, die man in der entwicklungspolitischen Arbeit hierzulande oftmals vermißt. So ist es in Österreich gelungen, die Akteure der Entwicklungsarbeit weitgehend unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen, während dieses Arbeitsfeld in Deutschland nach wie vor von unzusammenhängender Vielfalt, Zersplitterung und Konkurrenz geprägt ist. Und während hier Mißtrauen das Verhältnis zwischen Nichtregierungsorganisationen und Staat trübt, haben sich dort enge kooperative Arbeitszusammenhänge zwischen den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften etabliert, die erwarten lassen, daß die entwicklungspolitische Sensibilisierung auf breiter Ebene in Bildungswesen und Öffentlichkeit hineinzuwirken vermag. Dieser Beitrag zeichnet den zeitgeschichtlichen Werdegang der entwicklungspolitischen Bildung in Österreich nach und nimmt dabei auch die Besonderheiten wie Probleme der politischen Kultur, wie sie in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit ihre spezifische Ausprägung findet, in den Blick. Die Darstellung beschränkt sich auf die Zeit bis 1992. Die jüngste Entwicklung in den vergangenen beiden Jahren ergänzt der Beitrag von Veronika Prasch.

Rahmenbedingungen der staatlichen Entwicklungspolitik

Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Nationen ist Österreich in seiner Geschichte *nie als Kolonialmacht* in Übersee aktiv geworden. Dies spielt für Konzeption und Selbstverständnis der österreichischen Entwicklungspolitik eine wesentliche Rolle: „So war die österreichische Entwicklungshilfe nicht mit historischer Hypothek belastet. Im Gegensatz zu den meisten helfenden Ländern hat es Österreich deshalb nicht nötig, 'Almosen' als Ausdruck schlechten Gewissens zu spenden. Ganz im Gegenteil - man trachtete frühzeitig danach, nicht als 'milder Spender', sondern als Partner aufzutreten“ (Stiegnitz 1975). Ein weiterer wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Beurteilung der Außen- und Entwicklungspolitik Österreichs ist die *Neutralität*, zu der sich die Republik Österreich im Zusammenhang mit der Anerkennung der staatlichen Souveränität im Jahre 1955 verpflichtet hat. Im selben Jahr wurde Österreich Mitglied der Vereinten Nationen und bot sich frühzeitig, gerade als neutraler Staat, als Sitz zahlreicher internationaler Organisationen und Konferenzen an. So scheint Österreich besonders günstige Voraussetzungen für einen konstruktiven Nord-Süd-Dialog mitzubringen.

Entsprechend dem Prinzip der „Entwicklungspartnerschaft“ nahmen Exportförderungskredite, die in erster Linie der Förderung von österreichischen Ausfuhren in wirtschaftlich besser gestellte Staaten der Dritten Welt dienen, bis Ende der achtziger Jahre den größten Teil der öffentlichen Entwicklungshilfegelder in Anspruch. Bei der Beur-

teilung der staatlichen Entwicklungshilfe Österreichs durch das DAC (Development Assistance Committee) wurden bereits 1976 wesentliche quantitative wie qualitative Defizite angemahnt, so „1. das Unvermögen, bisher eine wesentliche und ständige Erhöhung des Volumens der öffentlichen Hilfe zu erreichen, 2. die verhältnismäßig harten Bedingungen der Finanzhilfe, 3. das geringe Ausmaß der bilateralen öffentlichen Hilfe“ (aus einem Bericht des Bundeskanzlers vom 30.9.76 zit. nach Gabler 1977, S. 191). In den achtziger Jahren hat sich an der im Vergleich zu den anderen DAC-Ländern qualitativen wie quantitativen Unzulänglichkeit der österreichischen Entwicklungshilfe wenig geändert. 1989 lag Österreich im internationalen Vergleich der ODA-Leistungen mit öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von 0,23% des BNP an 15. Stelle der 18 OECD-Gebirländer und damit deutlich unter dem DAC-Durchschnitt von 0,33%, wenngleich die österreichische Bundesregierung, wie auch die anderen DAC-Länder, bereits 1970 anlässlich der Verabschiedung der UN-Resolution zur Zweiten Entwicklungsdekade, das Ziel, öffentliche Hilfe in Höhe von 0,7% des BNP zu leisten, anerkannt hatte. Der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik kritisierte unter Bezugnahme auf die DAC-Kriterien: „Österreich vergibt die meisten 'harten Kredite', vernachlässigt am meisten die ärmsten Länder, verwendet den geringsten Teil seiner Steuereinnahmen für Entwicklungshilfe und verpflichtet als einziges Land, Kredite fast zur Gänze für den Kauf österreichischer Waren zu verwenden“ (ÖIE 1988, S. 27). Nicht zuletzt aufgrund massiver OECD-Kritik wurden die

Entwicklungshilfeleistungen Österreichs zu Beginn der neunziger Jahre jedoch deutlich erhöht und umfaßten mit 6,3 Mrd. ÖS im Jahr 1991 einen Anteil von 0,34% des BSP (vgl. Bellers 1992, S. 21). Zugleich sank der Anteil der Exportförderungskredite. Wenngleich die Entwicklungshilfe Österreichs nach wie vor (auch) als ein Instrument der Exportförderung gegenüber Handelspartnern in der Dritten Welt verstanden wird, ist zu berücksichtigen, daß die Handelsbeziehungen Österreichs mit Entwicklungsländern in den letzten beiden Jahrzehnten - entsprechend dem Trend in den meisten westlichen Industriestaaten - deutlich an quantitativer Bedeutung verloren haben. 1987 wurden nur noch 7,4% des österreichischen Außenhandels mit Entwicklungsländern abgewickelt.

Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit

Es gab und gibt in Österreich weder eine staatliche Durchführungsorganisation für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, noch eine staatliche Entsendeorganisation für Entwicklungshelfer. Zur Durchführung staatlicher Projekte werden private Träger der Entwicklungshilfe beauftragt. Bei den wichtigsten privaten Trägern handelt es sich um Einrichtungen der *Katholischen Kirche*. Deren Eigenmittel werden zum überwiegenden Teil durch landesweite Spendenaktionen aufgebracht. Die größten Spendenbeiträge für die katholische Entwicklungszusammenarbeit stammen dabei von der Caritas, der Katholischen Männerbewegung (Aktion „Bruder in Not“), der Katholischen Frauenbewegung (Aktion „Familienfastentag“) und vor allem der Katholischen Jungschar („Dreikönigsaktion/Sternsingen“). Die ältesten Entsende- und Projektorganisation sind der 1968 gegründete (katholische) *Österreichische Entwicklungshelfer-Dienst (ÖED)* (seit Anfang der 80er Jahre umbenannt in „*Österreichischer Entwicklungsdienst*“), das Institut für *Internationale Zusammenarbeit (IIZ)* (gegründet 1963) sowie - bis 1978 - der *Österreichische Jugendrat für Entwicklungshilfe (ÖJR)* (siehe unten).

Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit

Eine umfassende Bestandsaufnahme und Analyse der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde im Rahmen einer Studie des Instituts für Bildungs- und Entwicklungsforschung IBE 1975 von Jäggle und Sibitz vorgelegt (Jäggle/Sibitz 1975). Jäggle und Sibitz untersuchten die Öffentlichkeitsarbeit von 37 entwicklungspolitisch engagierten Organisationen, die Öffentlichkeitsarbeit als einen ihrer Tätigkeitsbereiche ausgewiesen haben und von sechs Aktionsgruppen. Unter Öffentlichkeitsarbeit verstehen die Autoren dabei, zwar „publizistisch unsauber“, aber dem Gebrauch des Begriffs in der Praxis der Entwicklungshilfeorganisationen und Aktionsgruppen entsprechend „jegliche Aktivität im Bereich Werbung, Information und Bewußtseinsbildung sowohl in der Öffentlichkeit als auch für die Öffentlichkeit“ (Jäggle/Sibitz 1975, S. 5). „Informationsstätigkeit“ bedeutet in diesem Zusammenhang die Vermittlung von Wissen und Verständnis, während unter „Bewußtseinsbildung“ das Bemühen um die Initiierung eines Lernprozesses verstanden wird, der vor allem auf die Einstellungsänderung der Rezipienten

und deren Motivierung zum Engagement zielt (ebd. S. 21). Auf der Grundlage dieser sicherlich nicht besonders trennscharfen Begrifflichkeit läßt sich die von den untersuchten Organisationen betriebene Öffentlichkeitsarbeit folgendermaßen klassifizieren: die Öffentlichkeitsarbeit erfüllt „bei 29 Organisationen unmittelbar die Funktion der Werbung, ... bei 30 Organisationen die der Information (...). 10 Organisationen weisen der Öffentlichkeitsarbeit die Funktion der Bewußtseinsbildung zu“, (ebd. S. 13), wobei unter den letzteren allein drei Aktionsgruppen zu finden sind.

In quantitativer Hinsicht belegt die Studie den geringen Stellenwert, den die Öffentlichkeitsarbeit im gesamten Tätigkeitsbereich der untersuchten Organisation einnimmt. Insgesamt sind nur sehr wenige Personen speziell für diese Aufgabe zuständig, nur ein knappes Drittel der Organisationen verfügt über Personal, das sich ganz oder überwiegend mit Öffentlichkeitsarbeit befaßt. Darüberhinaus stehen öffentliche Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit kaum zur Verfügung. Der Anteil der Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit liegt bei den Spendenorganisation zwischen 2 und 5 % des gesamten Spendenaufkommens. Immerhin ist die Gesamtauflage der von den Entwicklungshilfeorganisationen herausgegebenen Zeitschriften recht hoch, sie liegt bei den kirchlichen bei ca. 500 000, bei den nicht-kirchlichen bei ca. 55 000.

In qualitativer Hinsicht wird für die Öffentlichkeitsarbeit in der ersten Hälfte der siebziger Jahre diagnostiziert:

- Die Öffentlichkeitsarbeit Dritte Welt dient in Österreich vorwiegend der Beschaffung von Personal und Geld. Mehr als ein Drittel der Organisationen konzentrieren und beschränken ihr Öffentlichkeitsengagement auf Spendenappelle. „Der größte Teil der Ausgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit erfolgt mit dem Ziel, Spenden für Aktionen oder Projekte zu erhalten“ (ebd. S. 34).

- Wenn Informationen vermittelt werden, dann „in erster Linie über Entwicklungshilfeprojekte, nur am Rande über Entwicklungsländer, kaum über Entwicklungspolitik“ (ebd. S. 32).

- „Die Öffentlichkeitsarbeit Dritte Welt wird in Österreich von kirchlichen oder kirchennahen Organisationen dominiert, während die Tätigkeit politischer Organisationen demgegenüber kaum relevant ist“ (ebd. S. 30); die kirchlichen Organisationen verstehen sich weitgehend „unpolitisch“. Angesichts der kirchlichen Verankerung der Organisationen findet sich der wesentliche Zielbereich der Öffentlichkeitsarbeit auch im kirchlichen Bereich selbst. „Massenmedien, Wirtschaft, Arbeitnehmer, Militär und Politik sind von der Betreuung her vernachlässigt“ (31).

Entwicklungspolitik im Wissenschaftssystem

Unter den Instituten, die sich bereits in den frühen siebziger Jahren um eine entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit jenseits bloßer Spendenwerbung bemüht haben, sind das *Wiener Institut für Entwicklungsfragen* und das *Afro-Asiatische Institut* besonders hervorzuheben. Das Wiener Institut für Entwicklungsfragen wurde nach der Konferenz für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft, die im Juli 1962 in Salzburg und Wien stattfand, als unabhängiges internationales Institut gegründet. Wesent-

liche Aufgabe des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen ist und war es, „Verständnis für die Probleme der Entwicklung und der Entwicklungsländer in Österreich und den übrigen Industriestaaten zu wecken und damit eine Voraussetzung zu schaffen, diese Probleme einer Lösung näherzubringen“ (Wiener Institut für Entwicklungsfragen 1974). Das Wiener Institut hatte, auf Anregung des bundesdeutschen BMZ, die internationale Expertentagung zum Thema „Schule und Dritte Welt“ 1970 anlässlich des internationalen Erziehungsjahres ausgerichtet. Es veröffentlichte zahlreiche, weitgehend wissenschaftsorientierte Informationsmaterialien, ab 1974 eine eigene Quartals-Zeitschrift „Entwicklungspolitik“, aber auch zwischen 1970 - 1974 eine

über Einzelaktivitäten hinaus eine kontinuierliche und institutionelle Verankerung von Entwicklungsfragen im Lehrangebot und Forschungszusammenhang der Universitäten in der Weise, wie dies in den Empfehlungen von ÖH und Rektorenkonferenz beabsichtigt war, nicht gelungen.

Dritte Welt in der Schule der siebziger Jahre

In den in den siebziger Jahren gültigen Lehrplänen für die Schulen in Österreich finden Entwicklungsfragen explizit kaum Erwähnung. So läßt sich laut einer durchaus wohlwollenden Analyse von Prokop aus dem Jahr 1971 für Volksschule und Hauptschule „in den Schulstufen eins bis sieben kaum das Problem 'Dritte Welt' themenmäßig nachweisen“ (Prokop 1971, S. 12). Die spärlichen expliziten

Nennungen der Entwicklungsproblematik, die in den für diesen Zeitraum vorliegenden knappen Analysen zur Lehrplansituation (neben Prokop u.a. Gotz 1980, Leyrer 1980, Klug 1977) belegt werden können, sind auf die Fächer Geographie und Geschichte der Allgemeinbildenden Höheren Schule und dabei weitgehend der oberen Klassen, beschränkt. Doch wenn im Lehrplan für die Dritte Klasse AHS (gleich siebte Schulstufe) in Geographie z.B. angemerkt wird „Bei Behandlung der Entwicklungsländer Hinweis auf die wichtigsten fördernden und hemmenden Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung (etwa natürliche Gegebenheiten, Haltung der Bevölkerung, Arbeitsleistung, Ausbildungsstand, Art und Größe der Investitionen, Notwendigkeit der verkehrsmäßigen Erschließung und der Energiegewinnung)!“ (zit. nach Leyrer 1980, S. 6),

so verweist dies auf die höchst problematische Engführung der Entwicklungsproblematik - wenn sie denn überhaupt erscheint - auf endogene Faktoren und den „berüchtigten Teufelskreis der Armut“ (vgl. Leyrer ebd.) im Lehrplanteil.

Alle genannten Studien zur Lehrplansituation betonen allerdings ausdrücklich die in den Lehrplänen implizit angelegten Anknüpfungsmöglichkeiten für den entwicklungsbezogenen Unterricht. Gerade in den allgemeinen didaktischen Grundsätzen und Richtlinien für den Unterricht finden sich zahlreiche Formulierungen, die die Einbeziehung der Entwicklungsproblematik in den Unterricht nahelegen, ohne sie allerdings explizit zu benennen. So heißt es auch in Paragraph 2 des Schulorganisationsgesetzes, daß alle Schüler österreichischer Schulen dazu befähigt werden sollten, „am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken“ (zit. nach Gotz 1980, S. 4). Politische Bildung ist in Österreichischen Schulen kein obligatorisches Unterrichtsfach, nur ein Freifach in der Oberstufe der AHS. Im April 1978 allerdings wurde durch den Erlass „Politische Bildung in den Schulen“, der einen fast dreißig Jahre gültigen Erlass zur staatsbürgerlichen Erziehung ablöste, die Politische Bildung zum Unterrichtszweig erklärt, das alle Fächer und deren Gegenstände übergreifen soll. Als wesentliches Anliegen der politischen Bildung wird „die Erziehung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewußtsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existentiellen



Regionalstellen

■ ÖIE BURGENLAND

c/o Europahaus Eisenstadt
Mühlgasse/Eselsmühl, A-7062 St. Margarethen
Telefon 02680/29 80, Fax 02680/29 79

■ ÖIE KÄRNTEN

Rathausgasse 4, A-9500 Villach
Telefon und Fax 04242/246 17

■ ÖIE NIEDERÖSTERREICH/SÜD

Herzog-Leopold-Straße 10, A-2700 Wr. Neustadt
Telefon 02622/248 32, Fax 02622/853 21

■ ÖIE NIEDERÖSTERREICH/WEST

Kremsgasse 13/1, A-3100 St. Pölten
Telefon 02742/520 45, Fax 02742/529 14

■ ÖIE OBERÖSTERREICH

Bismarckstraße 16, A-4020 Linz
Telefon 0732/79 56 64, Fax 0732/79 56 64-4

■ ÖIE SALZBURG

Kaserngasse 4, A-5020 Salzburg
Telefon 0662/82 78 13, Fax 0662/82 91 14

■ ÖIE STEIERMARK

Jakominiplatz 18, A-8010 Graz
Telefon 0316/82 11 37, Fax 0316/81 38 55

■ ÖIE TIROL

Angerzellgasse 4, A-6020 Innsbruck
Telefon 0512/58 24 18, Fax 0512/56 68 52

■ ÖIE VORARLBERG

Radetzkystraße 3, A-6850 Dornbirn
Telefon 05572/297 52, Fax 05572/346 95

■ KONTAKTSTELLE BRAUNAU

c/o Informationsstelle für Internationale Beziehungen
Krankenhausgasse 6, A-5280 Braunau
Telefon und Fax 07722/664 70

Quelle:
Südwind-
Magazin

Sonderreihe „Materialien für den Unterricht über Entwicklungsländer“, die erste dieser Art in Österreich, die allerdings ausschließlich aus der Wiedergabe wissenschaftlicher Fachbeiträge und Dokumente bestand und jede didaktische Aufbereitung vermissen ließ.

An den Hochschulen selbst war es vor allem die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH), die sich um die stärkere Berücksichtigung von Entwicklungsfragen im Lehrangebot bemühte.

Entwicklungsländerbezogene Fragen fanden im regulären Lehrangebot an den Österreichischen Hochschulen in den siebziger Jahren nur spärliche Berücksichtigung.

Zieht man eine Bilanz für den Themenbereich „Entwicklungspolitik und Universität“ für die siebziger Jahre, so sind die Aktivitäten der ÖH um die entwicklungspolitische Qualifizierung des Lehrangebotes unter Einbeziehung außeruniversitärer Institutionen und Experten besonders hervorzuheben. Wenngleich sich die Rektorenkonferenz diese Anliegen zum großen Teil umgehend zu eigen gemacht hatte und auch gegen Ende der siebziger Jahre erneut ihre Absicht zur Intensivierung entwicklungspolitischer Fragen in Forschung und Lehre bekräftigte (vgl. Komarek 1979) ist

Probleme der Menschheit getragen ist" bestimmt. Konkretisiert wird das in unserem Zusammenhang relevante Ziel der Weltoffenheit unter Punkt II, 5 des Erlasses: „Politische Bildung soll die Fähigkeit und Bereitschaft fördern, für unantastbare Grundwerte, wie Freiheit und Menschenwürde, einzutreten, Vorurteile abzubauen und sich für die Belange Benachteiligter einzusetzen; sie soll die Einsicht vermitteln, daß das Herbeiführen einer gerechten Friedensordnung für das Überleben der Menschheit notwendig ist; sie soll ein klares Bewußtsein schaffen, daß die Erreichung dieses Zieles weltweit den Einsatz aller Kräfte erfordert und als persönliche Verpflichtung eines jeden Menschen aufgefaßt werden muß". Leyrer schlußfolgert aus diesem Erlass in Bezug auf die Dritte-Welt-Thematik: „Ein Umgehen des Problemfeldes Unterentwicklung und Abhängigkeit ist dem Lehrer also nicht gestattet" (Leyrer 1980, S. 6), eine These, die in dieser Form durch den Lehrplankontext gewiß nicht abgedeckt ist. Letztlich liegt die Interpretation der allgemeinen didaktischen Grundsätze und Unterrichtsprinzipien im Ermessen der Lehrenden.

Um die Lehrkräfte dazu zu motivieren und zu qualifizieren, die in den Lehrplänen angelegten und durch zahlreiche Grundsätze abgedeckten Spielräume zu nutzen, die einer Thematisierung entwicklungspolitischer Fragen gegeben sind, haben sich auch in den siebziger Jahren einige außerschulische Institutionen um entsprechende Angebote in der Lehrerfortbildung bemüht. So boten das *Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung IBE*, das *Österreichische Lateinamerikainstitut*, das *Wiener Institut für Entwicklungsfragen* und die *Österreichische Unesco-Kommission* einzelne Lehrerfortbildungsveranstaltungen zur Dritte-Welt-Thematik an. In der Öffentlichkeitsarbeit des *Österreichischen Jugendrats für Entwicklungshilfe ÖJR* wurde dem Arbeitsbereich Schule ab 1977 besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Der Österreichische Jugendrat für Entwicklungshilfe

Der *Österreichische Jugendrat für Entwicklungshilfe* war in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre der wohl profilierteste Träger entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich, insofern er sich auf ein breites Spektrum von Trägerorganisationen stützen konnte, die Öffentlichkeitsarbeit zu seinem hauptsächlichen Tätigkeitsbereich erklärte und konzeptionell fundierte, weiterhin speziell hierfür öffentliche Mittel zu mobilisieren vermochte. Mit seinen breit angelegten Kampagnen stieß er landesweit auf öffentliche Resonanz.

Der ÖJR wurde 1965 mit Unterstützung der Österreichischen Bundesregierung von den großen österreichischen Jugendorganisationen gegründet: *Arbeitsgemeinschaft Katholische Jugend Österreich*, *Evangelisches Jugendwerk in Österreich*, *Katholische Jungschar Österreich*, *Österreichische Gewerkschaftsjugend*, *Junge Generation in der ÖVP*, *Österreichische Jungarbeiterbewegung*, *Österreichische Kolpingfamilie*, *Sozialistische Jugend Österreich*, *Sozialistische Kinderbewegung*. Er hatte sich zunächst schwerpunktmäßig um die Entsendung von Entwicklungshelfern bemüht und seine Öffentlichkeitsarbeit weitgehend auf die Personalwerbung beschränkt. Zwischen 1965 und 1976 wurden 193 Fachleute in 28 Länder entsandt. Erste landesweite Informationskampagnen wurden 1971 durchgeführt, unter dem Motto „Countdown Dritte Welt“ und „Nicken Sie nicht, tun Sie was“, letztere unter Einschaltung einer Werbeagentur (Young and Rubicam). Diese Kampagnen

waren primär auf die Plausibilisierung und Motivierung von Entwicklungshilfe-Engagement bezogen. Doch diese Einzelkampagnen blieben zunächst isoliert, wenngleich sie bereits eine erstaunliche Breitenwirkung aufweisen konnten. So beteiligten sich an „Countdown Dritte Welt“ rund 400 Aktivisten, die Aktionen in 100 Gemeinden durchführten. Höhepunkt der Kampagne war ein Symposium mit Vorträgen in 11 Städten (vgl. Jäggle/Sibitz 1978, S. 81). Nach Einschätzung von Jäggle kam der ÖJR als Entwicklungshilfeorganisation 1973 öffentlich in die Krise und war darum bemüht, sein in Österreich etwas angeschlagenes Image aufzubessern und auch innerösterreichisch jenseits der Entwicklungshilfe-Legitimation eine neue Rechtfertigung zu gewinnen. 1974 wurde Jäggle, ausgebildeter (Religions-)Lehrer und zu diesem Zeitpunkt noch entwicklungspolitischer ÖH-Referent, angefragt, ein Konzept für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des ÖJR zu erarbeiten. So ist der Beginn einer systematischen Öffentlichkeitsarbeit auf das Jahr 1974 zu datieren. Die Mittel für die Entwicklungshilfewerbung und die Organisations-PR wurden weitgehend für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit umgewidmet, die Budgets für Entwicklungshilfewerbung und Öffentlichkeitsarbeit wurden voneinander getrennt. Als erste Kampagne, die nun nicht mehr Projekte der Entwicklungshilfe in den Mittelpunkt stellte, wurde noch im selben Jahr die Aktion „800 Millionen suchen Arbeit“ zum Problem der weltweiten Arbeitslosigkeit durchgeführt. Im Mittelpunkt stand dabei eine in ganz Österreich durchgeführte Plakataktion (mit einer Gesamtauflage von 54 000 Exemplaren) im Oktober 74, die ergänzt wurde durch Informationsbroschüren, Zeitungsinserts, Flugblätter, Straßenaktionen („music action“) und Vortragsveranstaltungen zum Thema Massenarbeitslosigkeit. Ein internes Papier des ÖJR vermeldet als einen Erfolg der Kampagne u.a. eine Steigerung der Zahl der Interessenten, die beim ÖJR um Informationen nachfragten, um 680%. Neben den begrenzten finanziellen Mitteln, die es nicht erlaubten, alle sich im Zuge der Kampagne bietenden Möglichkeiten auszuschöpfen (z.B. Bereitstellung kostenloser Plakatierungsflächen, Anfrage nach Referenten), beklagt das Papier aber auch die mangelhaften infrastrukturellen Voraussetzungen für eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit, wie z.B. das Fehlen ausgebildeter Journalisten, einer entwicklungspolitischen Öffentlichkeit, qualifizierter Kommunikationskanäle und eines ausgebildeten Mitarbeiterstabes auf Bundesländerebene (vgl. ÖJR 1974).

Die nächste Aktion im Oktober 1975 thematisierte Weltwirtschaftsfragen unter dem Motto „Gerechtigkeit für die Dritte Welt - Rohstoffstory“.

Maßnahmenkatalog und Forderungen an die Öffentlichkeitsarbeit, die Jäggle/Sibitz im 1978 vorgelegten zweiten Teil Ihrer Studie „Öffentlichkeitsarbeit Dritte Welt“ erarbeiten, umreißen die Konzeption, die für den ÖJR in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre leitend war. Einige wesentliche Thesen seien daher daraus zitiert:

- „Unterentwicklung und Überentwicklung sind als zwei Seiten einer Fehlentwicklung zu sehen.“
- „Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit ist es, Entwicklungsverantwortung in der österreichischen Bevölkerung zu verankern“.
- „Ziel der Öffentlichkeitsarbeit Dritte Welt ist
- eine Änderung der öffentlichen Meinung zum Problembereich

Dritte Welt und damit zur Entwicklungshilfe

- die Motivierung vieler zu persönlichem Engagement".
- „Der Problembereich Dritte Welt muß in der Lebenssituation der Adressaten der Öffentlichkeitsarbeit verankert werden".
- „Die Öffentlichkeitsarbeit muß konkrete Handlungsalternativen anbieten".
- „Öffentlichkeitsarbeit muß zielgruppenorientiert und adressatengerecht erfolgen".
- „Öffentlichkeitsarbeit ist nicht primär kapitalintensiv, sondern personalintensiv zu betreiben" (a.a.O.S. 2f).

Ende 1978 löste sich der ÖJR selbst auf. Die Jugendorganisationen waren nicht mehr länger bereit, den Jugendrat, in erster Linie dessen Entwicklungshelfer-Programme, zu

reichen und schon im Januar 1979 konnte in Wien, nachdem die öffentliche Förderung bereits signalisiert worden war, der Verein ÖIE von Einzelpersonen, die in der Regel in nicht-staatlichen Entwicklungsorganisationen oder in politischen Parteien aktiv waren, sowie von Institutionen, gegründet werden.

Der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE) und die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der achtziger Jahre

Der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik wurde schon unmittelbar nach seiner Einrichtung 1979 zum Dreh- und Angelpunkt der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Österreich. Profil, Struktur und Wirkungsbreite sind in dieser Form im deutschsprachigen Raum einmalig: als der zentralen bundesweiten, staatlich finanzierten Einrichtung, deren Aufgaben ausschließlich in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit liegen und sowie als Mitgliederverein, dem es im Verlaufe der letzten Jahre gelang, nahezu das gesamte Spektrum der entwicklungspolitisch engagierten Organisationen Österreichs unter seinem Dach zu vereinen, kommt dem ÖIE für Österreich eine Monopolstellung in diesem Aufgabenfeld zu. Eine Darstellung der Entwicklungen in der entwicklungsbegleitenden Bildung in den achtziger Jahren muß daher weitgehend in einer Darstellung der Arbeit des ÖIE aufgehen.

Der ÖIE versteht sich als eine gesamtösterreichische Service- und Koordinationsstelle für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Mit der Gründung des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik 1979 sollte die vom ÖJR betriebene entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit fortgeführt und ausgebaut werden. Trotz zahlreicher Kontinuitäten, was z.B. auch die hier wie da engagierten Schlüsselpersonen anbelangt, präsentierte sich der ÖIE in einem gegenüber dem ÖJR neuartigen organisatorischen Selbstverständnis und mit einer exklusiv auf die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit hin konzentrierten eigenen Konzeption. In seinem entwicklungspolitischen Grundsatzpapier erteilte er der Einführung von Entwicklungspolitik auf Entwicklungshilfe eine klare Absage und betonte die Notwendigkeit der „Entwicklungspolitik im eigenen Land": „Ein kritisches Bewußtsein von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhängen zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt durch eine entwicklungspolitisch informierte Öffentlichkeit ist die Voraussetzung für eine geänderte Politik Österreichs im Sinne internationaler Solidarität".

Der ÖIE besteht als ein überparteilicher und konfessionell nicht gebundener Verein mit physischen und juristischen Mitgliedern (vgl. Pädagogische Mitteilungen 1984, S. 34). Die Mitgliederzahl umfaßt 1992 über 2000 Einzelpersonen und Organisationen. Als Mitgliedsorganisationen können im ÖIE engagierte Einzelpersonen gleichberechtigt neben den Organisationsvertretern agieren. Unter dem Dach des ÖIE sind mittlerweile nahezu alle Organisationen, Initiativen, Bildungseinrichtungen und Solidaritätskomitees vereinigt, die in Österreich in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv sind. Das Spektrum der rund 120 tragenden Mitgliedsorganisationen (Stand 1989) reicht



Freda Meißner-Blau (ehemalige Obfrau)

In einer Zeit, die immer konfuser und unübersichtlicher wird, ist es dringender denn je notwendig, daß sich engagierte Experten aus dem Bereich der Entwicklungspolitik zu Wort melden.

Der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik hat 15 Jahre lang bewiesen, daß er auf der Seite der Schwachen und Benachteiligten steht. In diesem Sinne: ad multos annos...



Marijana Grandits (Abgeordnete der Grünen, ehemals ÖIE Burgenland)

Der ÖIE ist sehr um breite Bewußtseinsbildung für entwicklungspolitische Themen bemüht und leistet diesbezüglich großartige Arbeit. In der Vergangenheit hat er so manche Konflikte (vor allem mit seinen Geldgebern) ausgetragen, war manchmal brav, manchmal mutig und hat dabei viele engagierte Leute um sich versammelt. Jedenfalls hat er die Diskussion aufrechterhalten und die entwicklungspolitische Szene belebt. Das SÜDWIND-Magazin ist sicherlich eine Bereicherung der Medienlandschaft, ja das einzige Medium, welches in Permanenz über die Thematik informiert. Es hat dabei eine positive Wandlung vom quasi hektographierten Blättchen zum professionellen Magazin durchgemacht. Ohne SÜDWIND-Magazin wäre die Berichterstattung über entwicklungspolitische Themen in den Medien ganz „fürchterlich".

tragen. Mit dem Austritt der drei sozialistischen Jugendorganisationen wurde im Grunde nur eine absehbare Entscheidung des zuständigen Staatssekretariats, die entsprechende Finanzierung einzustellen, vorweggenommen. Der Auflösung des Jugendrates war noch eine scharfe Kritik des ÖJR an der österreichischen Entwicklungspolitik (die u.a. als Instrument der Exportförderung kritisiert wurde), vorausgegangen. Bei einem Teil der Aktivisten in den Verbänden, aber auch seitens des Bundeskanzleramtes bestand jedoch großes Interesse daran, die vom ÖJR betriebene Öffentlichkeitsarbeit fortzuführen, die auch bei allen Fraktionen Anerkennung gefunden hatte. Noch vor der formellen Auflösung des ÖJR wurden daher die Statuten eines neu zu gründenden Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE) beim Innenministerium einge-

Quelle:
Südwind-
Magazin

von dem katholischen Institut für Internationale Zusammenarbeit IIZ über zahlreiche Selbstbestierungsgruppen, Hilfs- und Solidaritätskomitees bis hin zu Forschungsinstituten und Bildungshäusern. Auch zahlreiche Organisationen, die sich eher am Rande mit entwicklungspolitischen Fragen beschäftigen, wie z.B. die Jugendorganisationen der ÖVP und der SPÖ oder die Österreichische Bergbauernvereinigung, zählen zu den tragenden Mitgliedern des ÖIE. Das Spektrum der katholischen Entwicklungshilfsorganisationen ist im ÖIE allerdings nicht voll repräsentiert.

Die Einrichtung einer „Spezialorganisation für entwicklungspolitische Informationsarbeit“ war Ende der siebziger Jahre vom Bundeskanzleramt ausdrücklich erwünscht. So formulierte ein im BKA tätiger Beamter: „Das Fehlen einer staatlichen Entwicklungshilfeagentur, wie sie andere Industriestaaten besitzen, in Österreich, machte die Schaffung eines nichtstaatlichen Vereins, in dem die relevanten Gruppierungen mit entwicklungspolitischem Engagement in Österreich repräsentiert sein sollen, erforderlich“ (Pernerstorfer 1982, S. 7). Dementsprechend finanzierten Bundeskanzleramt bzw. Außenamt bis 1988 den größten Teil des ÖIE-Budgets (in den ersten Jahren rund 2/3); die Unterstützung durch das BKA bzw. BMAA wuchs kontinuierlich von 1980 4,5 Mio ÖS bis 1987 12,45 Mio ÖS. Jedoch wurde Ende 1987 seitens der Regierung eine „Neuorientierung der Entwicklungspolitik“ eingeleitet, die u.a. eine Anbindung der österreichischen Entwicklungshilfe an die Projektkriterien der Weltbank und eine noch stärkere Ausrichtung an den wirtschaftlichen Interessen Österreichs beinhaltete und mit der Rückverlagerung der EZA-Sektion in das Außenamt einherging. Die Mittel für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wurden drastisch gekürzt, eine Entscheidung, die Außenminister Mock u.a. damit zu legitimieren suchte, daß der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit „in einer angemessenen Relation zum Volumen der bilateralen Entwicklungshilfe“ stehen müsse (vgl. ÖIE 1989). Zu den Grundanliegen dieser „entwicklungspolitischen Wende“ zählte es, die Effektivität der Entwicklungshilfe zu erhöhen, weshalb die Ausgaben für die Inlandsarbeit gesenkt werden mußten; in Entwicklungszusammenarbeit wie Bildungsarbeit sollten die Kriterien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zur Anwendung kommen (vgl. Berger 1990, S. 38). Weiterhin wurde von der Bildungsarbeit laut dem 1989 vorgelegten Dreijahresprogramm nunmehr erwartet, sich in erster Linie der Information über Projekte der österreichischen Entwicklungshilfe, über „erfolgreiche Projekte im Feld und deren praktische Wirksamkeit“ (ebd.), zu widmen, wohingegen im Dreijahresprogramm 1987 noch die „Schaffung des Informationszuganges zur Dritten Welt“ und die „Verbreitung der Stimme der Dritten Welt“ als zentrale Inhalte genannt worden waren (nach Berger 1990).

Für das Jahr 1989 erhielt der ÖIE nur noch 7,95 Mio ÖS, zudem wurde von Global- auf Projektfinanzierung umgestellt. Bildungsprogramme mußten von nun an darüberhinaus über das Bundesministerium für Unterricht und Kunst beantragt werden. Ein Teil der Personalkosten kann nur noch indirekt über Pilotprojekte abgedeckt werden. Durch die Kürzung, Splittung und Projektgebundenheit der Mittel be-

dingt sind seitdem die Aktivitäten in der Bildungsarbeit gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit eher zurückgegangen. 1990 betrug der BKA-Zuschuß erstmals weniger als 50% des ÖIE-Budgets. Die Unterstützung durch das BKA lag 1991 bei rund 11 Mio ÖS (48,5% des Gesamtbudgets).

Der ÖIE ist Ende der achtziger Jahre die einzige Organisation, die seitens des BKA Mittel ausdrücklich für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit erhält. Die „Verteilungskämpfe“ (Martin Jäggle) finden damit innerhalb des ÖIE statt. Der ÖIE hat Mitgliedsvereine in allen Bundesländern, die wiederum ÖIE-Büros oder Regional- und Kontaktzentren auf Länderebene unterhalten. Die Regionalvereine sind jeweils um eigene zusätzliche Finanzmittel bemüht und erhalten Unterstützung aus Landesmitteln und anderen landesspezifischen Quellen.

Der ÖIE hat von Anfang an mehrere zielgruppenorientierte Arbeitsbereiche ausdifferenziert, die auch von hierfür spezialisierten Mitarbeitern betreut werden: Schule, Jugendarbeit, Hochschule (dieser Arbeitsbereich wurde allerdings ab Mitte der achtziger Jahre nicht weiter fortgeführt), entwicklungspolitische Aktionen/Kampagnen, Massenmedien (seit 1991 ergänzt durch eine Stelle für Lobbying) und entwicklungspolitische Materialien/Publikationen, ergänzt durch die Herausgabe des Periodikums „Entwicklungspolitische Nachrichten“ EPN (seit 1991 unter dem Titel „Südwind“). Die EPN/Südwind ist - wenn man absieht von einer Reihe von etwa einem Dutzend organisations- oder regionalbezogenen Rundbriefen und Informationsbulletins und einigen wenigen, z.T. in den achtziger Jahren wieder eingestellten wissenschaftsorientierten Fachzeitschriften (z.B. Internationale Entwicklung, Neue Entwicklungspolitik, Zeitschrift für Lateinamerika) - das einzige bedeutende österreichische Dritte-Welt-Magazin. Die Zahl der Abonnenten konnte von rund 600 (1980) auf 4600 (1989) gesteigert werden. Im folgenden kann nur die Entwicklung in zwei Schlüsselbereichen der ÖIE-Arbeit, den Kampagnen und dem Arbeitsbereich Schule näher beleuchtet werden:

Die Kampagnen

Die Kampagnen und Aktionsschwerpunkte des ÖIE, die sich an eine allgemeine Öffentlichkeit richten, hatten stets eine Leitfunktion für die gesamte ÖIE-Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Die zentralen Aktionsthemen des ÖIE waren:

1979: Jute statt Plastik (in Fortführung der vom ÖJR betreuten Kampagne)

seit 1980: Hunger ist kein Schicksal - Hunger wird gemacht

seit 1982: Entwicklung statt Rüstung

seit 1986: solidarisch handeln

1990: Stimmen für den Regenwald

seit 1991: Welt-Um-Welt

Im Anschluß an die noch vom ÖJR übernommene Kampagne „Jute statt Plastik“ war zunächst vorgesehen, eine ähnliche produktorientierte Kampagne unter direkter Einbeziehung der Dritte-Welt-Läden durchzuführen (vgl. hierzu EPN 6/82, S. 15f.). Dieses Konzept wurde jedoch angesichts des für diese Präsentationsform weniger geeigneten

Themas „Überernährung/Hunger“, das sich herauskristallisierte, wieder verworfen. Die Kampagne „Hunger ist kein Schicksal - Hunger wird gemacht“ wurde schließlich zu einer „Aufklärungskampagne“, die sich primär auf die Produktion von Printmedien wie Informationshefte, Materialmappen, Plakate, Faltprospekte, Unterrichtsbehelfe etc. und die Durchführung von Informationsveranstaltungen konzentrierte. Als ein „Schlüsselmedium“ erwies sich dabei der Film „Septemberweizen“ von Peter Krieg. Die Kampagne hatte in erster Linie zur Absicht, falschen Vorstellungen über die Ursachen des Hungers entgegenzutreten. Im Rahmen der Kampagne wurde u.a. zum Thema „WHO-Kodex für die Werbung von Babynahrung“ auch für konkrete politische Forderungen zu mobilisieren versucht. Angesichts zahlreicher Berichte über die Aktion in den Massenmedien und dem Verkauf von 2000 Materialmappen für die Gruppenarbeit diagnostizieren die Veranstalter dieser Aktion einen „hohen Multiplikationsgrad“ (EPN 6/82, S. 16). Darüber hinaus war es mit dieser Kampagne gelungen, kirchliche und nichtkirchliche Gruppen zu vereinen und die bisherige Konfrontationsstellung der katholischen Gruppen dem ÖIE gegenüber zu überwinden. Als wesentliche Zielgruppe der Kampagne erwiesen sich letztlich die Lehrerinnen und Lehrer.

Während die Kampagne „Hunger ist kein Schicksal“ keine innenpolitisch besonders relevanten oder umstrittenen Aspekte aufgriff, thematisierte und kritisierte die Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“ ausdrücklich die Rüstungsexportpolitik Österreichs. Über die Inhalte dieser Kampagne wurde daher auch in Österreich intensiv gestritten. Insbesondere wegen der massiven Kritik am verstaatlichten Unternehmen Steyr wurden dem ÖIE Kürzungen angedroht, zumal die Sektion für Entwicklungszusammenarbeit und die Sektion für die verstaatlichten Industrien im BKA zusammengefaßt waren. Auch diese Kampagne wurde vorwiegend durch die Bereitstellung vielfältiger Medien, darunter eine Ausstellung und ein multimedialer „Baukasten“ für die Gruppenarbeit getragen, sowie durch die Durchführung zahlreicher Veranstaltungen, Seminare und Straßenaktionen. Die Rüstungskampagne ermöglichte ein Zusammengehen mit der Friedensbewegung, die in jener Zeit auch in Österreich eine breite Basis hatte. Gegen den NATO-Doppelbeschluß waren auch in Österreich rund 70 000 Menschen auf die Straße gegangen. Nach der Wahlniederlage der SPÖ und dem Rücktritt Kreiskys 1983 verlor allerdings auch die Friedensbewegung schlagartig an Bedeutung. Sie wurde ab 84 weitgehend von der KPÖ dominiert. Die Koalition mit der Friedensbewegung ging ab Mitte der achtziger Jahre in die Brüche. Parteipolitische Konflikte und Richtungskämpfe prägten im Zuge der Veränderung des innenpolitischen Klimas auch den ÖIE in diesen Jahren.

Mit der Kampagne „solidarisch handeln“ war der ÖIE vor allem um die Suche nach neuen Verbündeten bemüht. Zudem wurde von der Herangehensweise ein neuer Ansatz gewählt, indem nun nicht mehr, wie bei den vorgehenden Kampagnen, Informationen zu bestimmten Problembereichen im Mittelpunkt stehen sollten, sondern die Präsentation von konkreten Handlungsperspektiven bei uns wie in der

Dritten Welt, von Initiativen, internationalen Netzwerken, Solidaritätsgruppen, Modellen des alternativen und gerechten Handels und vielen anderen praktizierten Beispielen aus Alltag und Solidaritätsarbeit (vgl. ÖIE 1989). Deutlich sollte dabei auch werden, daß „Menschen in Ländern der Dritten Welt handelnde Personen sind“ (Pils/Winge 1985, S. 8), gleichzeitig sollten Anregungen für einen solidarischen Konsum- und Lebensstil, der sich an den Kriterien „Gesundheit - Umwelt - Gerechtigkeit“ orientiert, gegeben werden. Das Spektrum der angesprochenen Themen war dabei bewußt breit angelegt, um „wegzuführen von speziell entwicklungspolitischem Handeln hin zu politischem Handeln mit globaler Sicht“ (ebd., S. 9). Insgesamt hat diese Aktion allerdings bei den angesprochenen Gruppen nur eine sehr mäßige Resonanz gefunden, was sich auch an der hohen Zahl der nicht absetzbaren Arbeitsmaterialien ablesen läßt. Der ÖIE hatte damit offensichtlich Umfang und Breite der österreichischen Dritte-Welt-Bewegung überschätzt.

Angesichts der negativen Erfahrung mit einer Kampagne, die vor allem den kleinen Kreis der bereits Informierten und Motivierten weiter zu mobilisieren versucht hatte, orientierte sich der ÖIE nun wieder um auf ein allgemeines Publikum. Zwischen 1987 und 1989 trat der ÖIE mit einer großangelegten Inseratenkampagne an die Öffentlichkeit. Großformatige Anzeigen mit plakativ dargebotenen Informationen zu verschiedenen Aspekten des Nord-Süd-Gegensatzes aus den Bereichen Ernährung, Alltagsökologie und Entwicklungspolitik wurden in Millionenauflage in überregionalen Zeitungen und Zeitschriften geschaltet. Die Anzeigen standen unter dem Slogan „Die Dritte Welt ist auch die unsere“ und enthielten explizite Appelle, sich zu dem dargestellten Problemkreis zu engagieren und beim ÖIE um weitere Informationen nachzufragen. In diesen Zeitraum fiel auch die Mittelkürzung durch die Regierung, die den ÖIE dazu zwang, in der Öffentlichkeit für Unterstützung zur Sicherstellung seines Fortbestehens zu werben. 1988 beteiligte sich der ÖIE federführend an der Nord-Süd-Kampagne des Europarates, in deren Verlauf über 200 Veranstaltungen in Österreich durchgeführt wurden.

Mit der 1990 begonnenen Kampagne „Stimmen für den Regenwald“, die in erster Linie um die Unterstützung für ein konkretes Lobbying-Anliegen, den Importstopp für tropische Hölzer warb, wurde diese Form der breiten Inseratwerbung unter Einschaltung einer Werbeagentur fortgesetzt (es wurden 60 000 Unterschriften gesammelt). Wie bei allen Kampagnen wurden auch hier zahlreiche begleitende Veranstaltungen und Tagungen für die verschiedensten Zielgruppen, erstmals auch mit einer spezifischen Kinderaktion, zur Regenwald- und globalen Umweltproblematik durchgeführt. Der Themenbereich „Umwelt und Entwicklung“ wurde schließlich 1991, nun vor allem im Hinblick auf die UNCED 1992 zur „Welt-Um-Welt-Kampagne“ inhaltlich wie konzeptionell ausgeweitet und umfaßte wiederum auch eine Kinderaktion (u.a. Kinderkonferenzen mit Politikern). Das anfänglich sehr spannungsreiche Verhältnis zu den Umweltverbänden, das sich in dem Moment auftrat, als der ÖIE die ökologischen Fragen in den Mittelpunkt stellte, konnte mit der Erarbeitung eines gemeinsamen Regenwaldmemorandums und der gemeinsamen Vorbereitung auf die

UNCED zwischenzeitlich kooperativ gestaltet werden.

Arbeitsbereich Schule/Lehrerbildung

Neben den allgemeinen Kampagnen war der Arbeitsbereich Schule von Anfang an das wichtigste und profilierteste Standbein der ÖIE-Arbeit. Er umfaßt seinerseits vielfältige Aufgaben und Serviceleistungen, u.a.

- die Erarbeitung und den Vertrieb von Unterrichtsmaterialien, u.a. in der Reihe „Dritte Welt im Unterricht“
- den Verleih und Verkauf von Unterrichtsmedien und damit verbunden die Erstellung von annotierten Bibliographien für die in Österreich verfügbaren Unterrichtsmedien („Medienservice Dritte Welt“)
- die Vermittlung von Referenten und die Durchführung von Dritte-Welt-Tagen, Projektwochen u.ä. an Schulen
- die Beratung von Lehrerinnen und Lehrern bei Vorbereitung und Durchführung von Dritte-Welt-Themen im Unterricht
- die Durchführung von Lehrerfortbildungsseminaren in Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Instituten und anderen Veranstaltern (seit 1981)
- bildungspolitische Lobbyarbeit.

Von 1979 bis 1990 wurden innerhalb der Reihe „Dritte Welt im Unterricht“ insgesamt 13 Hefte mit Unterrichtsmaterialien und Unterrichtsvorschlägen in Zusammenarbeit mit praktizierenden Lehrerinnen und Lehrern produziert. Ein Teil der Materialien konnte dank der Unterstützung durch das BMUK interessierten Lehrern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Reihe wird seit 1990 ergänzt durch eine Reihe „ÖIE-Bildungsservice - Daten-Fakten-Materialien“, deren Ausgaben mit Unterstützung durch das BKA z.T. in einer Auflage von über 7000 Exemplaren kostenlos verteilt werden können. Die Hauptzielgruppe der erarbeiteten Unterrichtsmaterialien liegt bei 10 - 14 jährigen Schülern. Eine klare didaktische Konzeption lag dieser Unterrichtsmaterialienreihe nicht zugrunde, die ersten Einheiten - zunächst vorwiegend für den Fremdsprachenunterricht - wurden eher recht spontan erstellt.

Die Resonanz auf das vom ÖIE vorgelegte Medien- und Beratungsangebot ist außerordentlich hoch und konnte auch im Laufe der Zeit kontinuierlich gesteigert werden. Wurden für Medienverleih/-verkauf 1980 noch 700 Rechnungen ausgestellt, so waren es 1982 bereits 3000 Rechnungen. 1990 führte der Arbeitsbereich Schule mehr als 3000 Einzelberatungen von Lehrerinnen und Lehrern durch. Auch der vom ÖIE erstellte „Medienservice“ wurde in breiter Auflage gestreut, sie betrug bei der letzten Ausgabe 10 000 Exemplare. Entwicklungspolitisch interessierte Lehrkräfte werden vom ÖIE regelmäßig mit Informationen und Hinweisen auf neue Materialien beliefert - die entsprechende Lehrerkartei umfaßte 1982 bereits 4000 Adressen (vgl. ÖIE 1982, S. 12). Eine besondere Breitenwirkung im schulischen Bereich ergab sich vor allem auch daraus, daß der ÖIE mehrfach dazu eingeladen war, z.T. in Zusammenarbeit mit anderen entwicklungspolitischen Organisationen, umfangreiche themenspezifische Sonderausgaben von amtlichen schulpolitischen Mitteilungs- bzw. Verordnungsblättern federführend zu gestalten, die neben ausführlichen Medien- und Informationshinweisen Grundsatzbeiträge zum

entwicklungspolitischen Unterricht enthielten (vgl. Pädagogische Mitteilungen 1980, Pädagogische Mitteilungen 1984, PI-Mitteilungen 1988) und in hoher Auflage als quasi offizielle Verlautbarungen allen Schulen zugingen.

Auf Initiative von UNESCO und der Abteilung „Politische Bildung“ im BMUK wurde 1980 der Unterrichtsversuch „Development Education“ gestartet. In Zusammenarbeit mit dem BMUK stellte der ÖIE den daran teilnehmenden Schulen - 1982 waren es 34, 1983 50 - kostenlose Beratung, Medienangebote und Referentenvermittlung zur Verfügung. Ziel dieses bundesweiten Unterrichtsversuchs war und ist das Lernen über die Dritte Welt und von der Dritten Welt in Form eines fächerübergreifenden Projektunterrichts, der in der Regel als Projektwoche am Schuljahresende durchgeführt wird (vgl. EPN 9, 10/80, S. 39 f.). Ergänzend dazu bietet der ÖIE regelmäßig spezifische Animationsprogramme und extracurriculare Projekte für die Schulen an, in den Jahren 1987 und 1988 beispielsweise einen ÖIE-Gruppenwettbewerb „Total vernetzt“, eine Ausstellung zum Angreifen und Mitmachen über „Kinder in Afrika - Afrika für Kinder“ oder spezifische Initiativen zur Förderung von Schulpartnerschaften (hierzu Pädagogisches Institut Wien 1988).

Seit 1981 ist der Arbeitsbereich Schule auch in der Lehrerfortbildung engagiert. Allein in den ersten eineinhalb Jahren konnten bereits 23 Lehrerseminare veranstaltet werden - viele davon zum Themenbereich der Schwerpunktaktion „Hunger ist kein Schicksal“ - an denen 750 Lehrer aller Fächer und Schultypen teilgenommen hatten (vgl., ÖIE 1982, S. 12). 1990 wurden 35 Seminare angeboten. Die Lehrerfortbildung findet in Österreich weitgehend regional in den Pädagogischen Instituten, den berufspädagogischen Instituten und den religionspädagogischen Instituten statt. Nur wenige Veranstaltungen werden zentral vom BMUK durchgeführt (z.Zt. rund 30 pro Jahr). Die Lehrerfortbildungsveranstaltungen des ÖIE finden in der Regel in Kooperation mit den Pädagogischen Instituten auf Bundesländerebene statt. Dabei ist es in Österreich durchaus üblich, daß die PIs ihre Veranstaltungsangebote zusammen mit außerschulischen Partnern gestalten, so ist z.B. auch die Volkswirtschaftliche Gesellschaft Partner der PIs. Da ist in Österreich keine Verpflichtung für die Lehrkräfte gibt, an Lehrerfortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, ist die Quote der Lehrer, die regelmäßig entsprechende Veranstaltungen besuchen, auch recht gering; Hartmeyer schätzt sie auf ca 5%. Im Gesamtangebot der Pädagogischen Institute wiederum spielen die entwicklungsbezogenen Seminare, an denen zumeist der ÖIE beteiligt ist, nur eine untergeordnete Rolle. Beispielsweise waren von den ca. 110 Seminaren, die das PI der Stadt Wien im Schuljahr 1991/92 anbot, gerade drei entwicklungspolitischen Fragen gewidmet.

Unter Beteiligung der Pädagogischen Institute in allen Bundesländern hat der ÖIE zudem 1990 mit dem „Lehrgang Entwicklungspolitik“ ein spezifisches pädagogisches Fortbildungsangebot initiiert. Der Lehrgang Entwicklungspolitik, der mehrere Seminarseinheiten zu didaktischen wie entwicklungspolitischen Fragen über zwei Jahre hinweg umfaßt, dient in erster Linie der entwicklungspädagogischen Qualifizierung von Lehrern und professionellen wie ehrenamtlichen Multiplikatoren in der Bildungsarbeit. Schon der

erste Lehrgang fand mit 170 Anmeldungen bei nur 35 zur Verfügung stehenden Plätzen eine erstaunliche Resonanz. Er ist als Teil der offiziellen Lehrerfortbildung anerkannt, allerdings müssen die Lehrkräfte die Hälfte der Ausbildungszeit in ihrer Freizeit wahrnehmen. Auch das Diplom, das der Lehrgang verleiht, wird bereits von einzelnen Ausbildungsinstitutionen wie z.B. durch die Sozialakademie

4 der Allgemeinbildenden Höheren Schulen, dort in den Fächern Geschichte und Sozialkunde, sowie Geographie und Wirtschaftskunde liegt, wohingegen für die Volksschule (Schuljahre 1 - 4) keine explizite Thematisierung der „Dritten Welt“ zu belegen ist. Allerdings steht auch der Volksschulunterricht unter dem „Weltoffenheit“ erstrebenden Prinzip der „Politischen Bildung“ und spricht darüberhinaus

Schwerpunkte der Bildungsarbeit des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik seit 1992.

Wie in vielen einschlägigen Publikationen der letzten Jahre erörtert (ich weise hier auch und vor allem auf die Studie zur entwicklungsbezogenen Pädagogik der letzten 50 Jahre im deutschsprachigen Raum und die in ZEP erschienenen Artikel von Klaus Seitz hin) befindet sich Entwicklungspolitik und die damit verbundene entwicklungsbezogene Pädagogik in einer tiefen Krise. Um diese Krise zu überwinden, versucht man in der in der Szene der einschlägigen Organisationen, andere, wirksamere pädagogische Ansätze zu entwickeln.

Guido Rütthemann weist in seiner Untersuchung „Entwicklungspädagogik an Österreichs Schulen“ (1994) auf den Begriff „Globales Lernen“ hin, der den derzeit am stärksten beachteten Ansatz zur Verbesserung darstellt. Dem Begriff des „globalen Lernens“ steht noch keine einheitliche, klar umgrenzte Theorie zur Verfügung. Dennoch verstehen wohl alle Diskutanten darunter die Orientierung an einer in ihrer Methodik partizipativen, handlungsorientierten und dialogischen Pädagogik. Inhaltlich sollen die vielfältigen Zusammenhänge zwischen dem Lernenden/der Lernenden und dem, was er/sie lernt zum Tragen kommen. Die „Dritte Welt“ nicht als Studienobjekt, sondern als ein in unserem Leben ständig präsent, mit unserem Leben ständig verwobenes Subjekt - kein leichtes Unterfangen!

Wie geht nun der österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE) mit dieser Diskussion um? Schwerpunkt im Bereich der allgemeinen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit des ÖIE war in den letzten vier Jahren die Verknüpfung der beiden Themen „Umwelt“ und „Entwicklung“. Damit wurde inhaltlich die Beschäftigung mit den globalen Auswirkungen unserer Industrie, unserer Wirtschaft, unseres Konsums vorangetrieben.

Die Kampagne „Welt-Um-Welt“ versuchte diese Diskussion einem möglichst großen Publikum in Österreich nahezubringen. Im Zuge der bildungspolitischen Überlegungen zum „globalen Lernen“ griff auch der schulpädagogische Bereich im ÖIE die beiden Themen „Umwelt und Entwicklung“ auf, um sie SchülerInnen und LehrerInnen zugänglich zu machen. Dies geschah einerseits durch die Herausgabe von Unterrichtsmaterialien in der Reihe „Dritte Welt im Unterricht“, andererseits durch die Entwicklung einer, die Kampagne begleitende, „Kinderaktion“. Anhand der Beschäftigung mit konkreten Produkten (Baumwolle, Zucker, Banane usw.) sollen 8-14jährige SchülerInnen globale Zusammenhänge begreifen lernen. Wichtigstes Umsetzungsinstrument sind 2-3stündige Workshops, bei denen mit Schulklassen an jeweils einem Produkt die Vernetzung zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen, Ursachen und Wirkungen von Armut und Reichtum, Energieverbrauch und vie-

les andere mehr erarbeitet werden. Methodisch bauen die Workshops auf spielerischen, handlungsorientierten Sequenzen auf. Die SchülerInnen schauen, schmecken, tasten, probieren aus - und denken nach. Soviel zu einem sehr konkreten Ansatz, „globales Lernen“ in der Praxis zu ermöglichen.

Entwicklungspolitik steckt in der Krise. Es gibt, wie oben beschrieben, Versuche, diese Krise mit neuen Inhalten und Methoden zu überwinden. Wie auch in der jüngsten Fassung des „Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungshilfe“ festgelegt, wird Bildungsarbeit nun in der offiziellen österreichischen Politik als wichtigstes Instrument zur Verankerung von Entwicklungshilfe gehandhabt.

Kein Wunder, daß auch die Szene der Vereine, Initiativen und Organisationen, entwicklungsbezogene Bildungsarbeit, vor allem im schulischen Bereich, immer mehr forciert.

Wurde entwicklungspolitische schulische Bildungsarbeit 1986 ausschließlich vom ÖIE abgedeckt, so teilte er sich 1992 diesen Arbeitsbereich bereits mit sechs anderen Organisationen (Rütthemann, 1994) Mittlerweile sind es wesentlich mehr geworden.

Die Angebote entwicklungspolitischer Materialien, Ausstellungen, Seminare usw. für Schulen boomen. Das staatliche Budget dafür boomt nicht. Zwar werden Organisationen und Vereine dazu ermutigt, Angebote für die Schule zu erarbeiten, das Budget dafür wird jedoch nicht so nennenswert erhöht, daß es für alle ausreichen könnte. Trotz wesentlicher Erweiterung seiner schulischen Bildungsangebote bekam der ÖIE 1992 nicht mehr Geld für die schulische Bildungsarbeit als 1986 (siehe Rütthemann, 1994).

Es gilt nun für den ÖIE, seine Energien verstärkt in die Weiterentwicklung bildungstheoretischer Diskussion zu investieren und Neues auszuprobieren. Einige seiner innovativen Pilotprojekte der letzten Jahre, wie z.B. der entwicklungspolitische Lehrgang oder die oben beschriebene Kinderaktion, haben sich bewährt und sind teilweise in den Programmen öffentlicher Bildungsinstitutionen verankert.

Es gilt auch, den Trend weiterzuverfolgen. Entwicklungspolitik von ihrer ursprünglichen inhaltlichen Konzentration auf „klassische Dritte-Welt-Themen“ zu lösen, um sie in eine gesamtpolitische Diskussion einbinden zu können. Themen wie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gehören seit 1992 zu Schwerpunktthemen der ÖIE-Bildungsarbeit. Das Thema „Nachhaltiges Wirtschaften“, ab Herbst 1994 Kampagnethema, wird sich ebenso mit Strukturanpassungen im Norden beschäftigen, wie mit deren Folgen im Süden.

Veronika Prasech

Wien als formale Qualifikation anerkannt.

In den Lehrplänen der Schulen haben entwicklungspolitische Themen in den achtziger Jahren insgesamt mehr explizite Berücksichtigung gefunden als in den siebziger Jahren. Ausführliche Lehrplananalysen sind allerdings nicht bekannt. Braunstein legt dar, daß der Schwerpunkt entwicklungsländerbezogener Themen in den Klassen 3 und

ausdrücklich das „interkulturelle Lernen österreichischer und ausländischer Kinder an“, „Leider fehlt etwa im Bereich des Faches Religion oder in der rhythmisch-musikalischen Erziehung jeder weitere Bezug auf außereuropäische Kulturen“ (Braunstein 1988, S. 5). Themen der AHS sind u.a. „Entkolonialisierung und Dritte Welt“; als Lernziele werden „Erkennen wirtschaftlicher und machtpolitischer Inter-

essen als Ursachen imperialistischer Expansion" im Geschichtsunterricht oder die „Notwendigkeit und Problematik von Entwicklungshilfe zu erkennen" im Geographieunterricht formuliert. Fächerübergreifende Themenschwerpunkte sind für die Oberstufe in der Verbindung von Geschichte und Geographie/Wirtschaftskunde auch zur „Dritten Welt" ausgewiesen (vgl. hierzu auch Moll 1982).

In Österreich wurden im Anschluß an den Erlaß zur politischen Bildung zwei weitere Unterrichtsprinzipien erlassen, die am Rande auch Anknüpfungspunkte zu globalen/entwicklungspolitischen Themen eröffnen, so der Erlaß zur „Umwelterziehung in den Schulen" aus dem Jahr 1985 und der Erlaß zur „Ganzheitlich-kreativen Erziehung in den Schulen" 1990. In der österreichischen Schulpolitik waren 1990 insgesamt 13 Unterrichtsprinzipien in Kraft. Der ÖIE ist seit einigen Jahren auch darum bemüht, ein Unterrichtsprinzip „Entwicklungspolitik" durchzusetzen; eine entsprechende Forderung wurde beispielsweise auf dem vom ÖIE gemeinsam mit der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt 1988 veranstalteten Symposium „Entwicklungspolitische Bildungsarbeit" erhoben und auf der Wiener Enquete „Entwicklungspolitik" 1990 bekräftigt. Auf der Gesamtösterreichischen Entwicklungskonferenz 1991 wurde die Einführung eines Unterrichtsprinzips „Globales Lernen/Entwicklungspolitik" empfohlen.

Die in den achtziger Jahren vollzogenen positiven Veränderungen im Schulbereich im Hinblick auf die entwicklungspolitische Bildung faßt Christa Renoldner wie folgt zusammen:

„Die Zahl der eurozentrischen Schulbuchtexte ist wesentlich geringer geworden;

- Das Thema 'Dritte Welt' ist in den Lehrplänen stärker verankert, wenn auch noch vieles zu verbessern wäre;

- Unterrichtsprojekte zum Thema 'Dritte Welt' gehören in den meisten Schulen zum Angebot der letzten Schulwochen;

- Das Angebot an didaktisch, methodisch und inhaltlich guten Unterrichtsmaterialien und-medien ist gewachsen;

- Die pädagogischen Institute aller Bundesländer bieten Lehrerseminare zu entwicklungspolitischen Themen an;

- Das pädagogische Service des ÖIE gehört zu den bekanntesten und unangefochtensten Standbeinen des ÖIE" (ÖIE 1989, o.S.)

Die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des ÖIE vermochte innerhalb der österreichischen Bildungslandschaft eine erstaunliche Resonanz zu erzielen. Diesen Schluß legen zumindest zwei empirische Studien nahe, die zum einen 1983 im Auftrag des ÖIE zur Evaluation der Arbeit des ÖIE (Kolland-Hutnerer/Mikinovic 1984), zum anderen 1988 im Auftrag des Österreichischen Komitees für UNICEF und des BMUK (Ogris 1988) durchgeführt worden waren.

Zusammenfassung und Interpretation

Von einer konzeptionell wie institutionell profilierten und kontinuierlichen entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit kann man in Österreich erst seit Mitte der siebziger Jahre sprechen. Wichtige Daten hierfür sind die vom Bundeskanzleramt unterstützte Umorientierung der Aktivitäten des Österreichischen Jugendrates für Entwick-

lungshilfe von der Entsendung von Entwicklungshelfern zur Inlandsarbeit, die mit der Einrichtung eines entsprechenden Bildungsreferates ab 1974 ihren Ausdruck findet, sowie die Veröffentlichung mehrerer Bestandsaufnahmen der Öffentlichkeitsarbeit in Österreich, an die sich entsprechende Konzeptionsentwürfe anschlossen, durch Jäggle/Sibitz 1975 und 1978, sowie durch Gabler 1977.

Selbstverständlich wurden auch schon vor diesem Zeitpunkt entwicklungsländerbezogene Themen in Teilbereiche der österreichischen Öffentlichkeit hineingetragen. Maßgebliche Initiativen hierfür waren von der Kirche, sowie von den Hochschulen ausgegangen. Bereits seit Ende der fünfziger Jahre gab es von einzelnen katholischen Verbänden durchgeführte regelmäßige Spendenkampagnen für die Dritte Welt, die jeweils von einer mehr oder weniger oberflächlichen Öffentlichkeitsarbeit begleitet waren. Bis Ende der siebziger Jahre ging die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit der katholischen Hilfswerke und Verbände nahezu ausschließlich in der Spendenwerbung auf. Erst mit der 1980 veröffentlichten Erklärung „Entwicklungspolitik der katholischen Kirche" formulierten die katholischen Hilfswerke zumindest verbal auch die politische Dimension ihres Handelns in der Welt und bestimmten zahlreiche von der Spendenwerbung abgegrenzte Aufgaben der Bewußtseinsbildung. Innerhalb der Hochschulen ist vor allem an die durch entsprechende Initiativen der Hochschülerschaft angeregte Empfehlung der Rektorenkonferenz aus dem Jahr 1972 zu erinnern, die darauf zielte, Entwicklungsländerfragen eine breite Berücksichtigung im Lehrangebot der Hochschulen zu sichern. Über die Absicht hinaus, den Studierenden eine angemessene interdisziplinäre entwicklungspolitische Qualifikation insbesondere für eine mögliche Berufstätigkeit im Bereich der Entwicklungspolitik zu vermitteln, wurden aber auch zu diesem Zeitpunkt keine detaillierteren hochschuldidaktischen Ambitionen formuliert.

In den punktuellen Öffentlichkeitsaktionen der Katholischen Kirche war es letztlich um die Mobilisierung von Spenden für die Unterstützung von Projekten kirchlicher Organisationen gegangen, zu welchem Zwecke vor allem die Präsentation von Not- und Elendsbildern und der Appell an Mitleid und Barmherzigkeit bemüht wurden. Programmatisch zielte demgegenüber die insbesondere vom ÖJR seit 1974 betriebene Öffentlichkeitsarbeit auf die Vermittlung von „Entwicklungsverantwortung in der österreichischen Bevölkerung" (Jäggle/Sibitz 1978, S. 2), die vor allem als kritische Loyalität gegenüber dem entwicklungspolitischen Engagement des Staates gedeutet wurde. Das entwicklungspolitische Leitziel eines „partnerschaftlichen Verhältnisses zu den Entwicklungsländern" prägt seitdem nicht nur die Entwicklungshilfepolitik des Staates, sondern auch, wenngleich mit mittlerweile deutlich anders akzentuierter Schwerpunktsetzung (Priorität entsprechender politisch-wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in den Nord-Süd-Beziehungen gegenüber der Entwicklungshilfe) die Programmatik der nichtstaatlichen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Der Staat, der seinerseits, auch nachdem die Entwicklungshilfepolitik nach 1970 konzeptionell wie strukturell klarer verankert wurde, keine eigene entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit betrieb, förderte diese Be-

Am Anfang stand ein Ende

Der "Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik" entstand vor 15 Jahren als Nachfolger des "Jugendrates".

Gemeuchelmordet wurde er Ende Dezember 1978 im 14. Lebensjahr, der Österreichische Jugendrat für Entwicklungshilfe. Ein halbes Jahr durfte die Entsorgung dauern. Die lästige, immer wieder kränkelnde, von den Jugendorganisationen gegründete und verantwortete Entwicklungshilfe-Einrichtung sollte keine Zukunft mehr haben. Damit wäre es auch mit der Aktion „Jute statt Plastik“, die vielen noch heute in Erinnerung ist, vorbei gewesen. Ab Herbst 1974 hatte sich der Jugendrat als Pionier entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit in Österreich profiliert.

Vorgewarnt vom drohenden Absterben und zur Rettung des besten Stücks fanden sich bereits Anfang November 1978 sieben Proponenten bei der Vereinsbehörde ein, um die Gründung des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik anzuzeigen. In bunter und für Österreich wohl einmaliger Zusammensetzung konnte schon im Jänner 1979 die Gründungsversammlung des ÖIE stattfinden. Dieser Verein, gebildet aus Einzelmitgliedern, Jugend- und Entwicklungshilfeorganisationen, Solidaritäts- und Aktionsgruppen, sollte ganz neue Wege gehen.

Im institutionenbewehrten Österreich war es eines der schwierigsten Probleme, die Balance zu finden zwischen dem Anspruch der Einzelmitglieder und Mitarbeiterinnen auf Mit- und Selbstbestimmung und der Mitsprache der „tragenden Mitglieder“, wie die Gründungsorganisationen respektvoll titulierte wurden. Zwar verweigerten sich einige Große anfangs, doch spätestens als 1988/89 ein beamteter Vertreter der „Mehr privat, weniger Staat“-Partei die Verstaatlichung der Entwicklungshilfe betrieb und dem ÖIE die Flügel gestutzt werden sollten, waren alle dabei. Binnen eines halben Jahres wurden damals die Subventionen um ein Drittel gekürzt und deshalb alle MitarbeiterInnen gekündigt. Doch die Krise wurde zur Chance. Der öffentliche Protest brachte auch eine Verdoppelung der Mitgliederzahl.

Mit 1. Juli 1979 nahm der ÖIE die Arbeit auf. In Graz und Eisenstadt wurden die ersten Regionalstellen etabliert. Mit der Kampagne „Hunger ist kein Schicksal – Hunger wird gemacht“ trat der ÖIE erstmals an die breite Öffentlichkeit, um bald darauf „Entwicklung statt Rüstung“ zu fordern. Schließlich legte er den Menschen in Österreich Solidarisches Handeln ans Herz und forderte „Stimmen für den Regenwald“.

Anfangs noch ein männerdominierter Verein, der über Quotenregelung den Frauen die Mitsprache sichern mußte, sind heute in Vorstand und Büro die Frauen in der Mehrheit. Wie unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen der ÖIE an einem Tisch versammelt, zeigen die Nationalratsabgeordnete der Grünen Marijana Grandits, die Vizebürgermeisterin von Villach, M. Kircher-Khol, der Vizepräsident des Wiener Katholischen Familienverbandes Alfred Racek oder die Schriftsteller Erich Hackl und Christoph Ransmayr, die Aufbauarbeit im Vorstand und Zivildienereinsatz im ÖIE verbanden.

♦ **Martin Jäggle**

Martin Jäggle ist Vorstandsmitglied der ersten Stunde und nach 15 Jahren immer noch in diesem Amt.

mühungen nichtstaatlicher Träger ideell wie finanziell. Bis heute ist die staatliche Förderung der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit durch die Einschätzung geleitet, daß „Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ... eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe (sind), die nur unter aktiver Beteiligung der österreichischen Öffentlichkeit erfüllt werden“ könne (BKA 1991, S. 88).

Auch die Anfangs der siebziger Jahre gegründeten Selbststeuerungsgruppen waren zunächst vor allem von dem Ziel einer quantitativ wie qualitativ verbesserten privaten wie staatlichen Entwicklungshilfe geleitet; Ende der siebziger Jahre entwickelte sich daraus eine enge Verknüpfung mit der „Alternativbewegung“, die vor allem einen Wandel in Lebensstil und Konsumverhalten der Österreicher anmahnte. Eine von allen bislang dargelegten Entwicklungslinien eher unabhängigen Strang der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit begründeten ebenfalls seit Beginn der siebziger Jahre die Solidaritätskomitees, die in der Öffentlichkeit um die ideelle wie materielle Unterstützung vor allem von (linken) Befreiungsbewegungen und Reformregierungen in der Dritten Welt warben.

Mit der Gründung des ÖIE erfuhr die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit eine deutliche Expansion, die mit einer Erweiterung und Ausdifferenzierung der Zielgruppen und Arbeitsbereiche einhergeht. Trotz einer völlig neuen strukturellen Verankerung markierte die ÖIE-Gründung allerdings keinen radikalen Neuanfang; der ÖIE schließt vielmehr recht bruchlos an die vom ÖJR in dessen letzten Jahren angelegte Spektrum der Bildungsarbeit an. Dem ÖIE gelang es bis 1990 seine Basis wie seine Zielgruppen über den engen Bereich der „Dritte-Welt-Szene“ hinaus wesentlich zu erweitern. Neben Aktivitäten in der weitgehend zielgruppenun-spezifischen allgemeinen Kampagnen-Arbeit wurden nicht nur die Aktionsgruppen, sondern auch Jugend- und Erwachsenenorganisationen, das staatliche Bildungswesen, Hochschulen, Lehrerfortbildung etc. bedient. Defizitär sind dagegen u.a. die Zusammenarbeit mit Erwachsenenbildungseinrichtungen, insbesondere der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, sowie mit den Massenmedien. In den Themen der ÖIE-Bildungsarbeit ist ein deutlicher Trend hin zu Fragen zu beobachten, die nicht nur mit der „Dritten Welt“ zu tun haben, sondern unmittelbare Bezüge zur österreichischen Wirk-

lichkeit herzustellen erlauben. Blieb die Erläuterung eines Zusammenhanges zwischen Nord und Süd z.B. in der Hunger-Kampagne noch recht pauschal (und z.B. überhaupt nicht mit der spezifischen Situation der österreichischen Bauern vermittelt), so benennen beispielsweise die Kritik der österreichischen Rüstungsexportpolitik und des Pestizidhandels, sowie der Aufbau kommunaler Klimabündnisse oder Aktivitäten gegen die Verwendung tropischer Hölzer Brennpunkte mit innenpolitischem Konfliktpotential. Entsprechende Konflikte blieben demgemäß auch nicht aus. Seit dem Ende der SPÖ-Alleinregierung und dem Rücktritt Kreiskys wurde das Verhältnis zwischen ÖIE und Regierung ohnehin etwas abgekühlt. Der ÖIE muß, wenngleich seine Arbeit von allen gesellschaftlichen Kräften anerkannt wird, vor allem seit der „Wende“ in der österreichischen Entwicklungspolitik Ende der achtziger Jahre und der daraus resultierenden Krise des ÖIE 1988/1989 immer wieder neu um seine öffentliche Legitimation ringen.

Im Schatten der deutlichen und zumindest anfangs auch staatlich erwünschten dominanten Position des ÖIE in der Bildungsarbeit haben sich eine Reihe weiterer vom ÖIE unabhängiger Aktivitäten in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bewahrt bzw. entfaltet. Hier ist vor allem die Bildungsarbeit der katholischen Organisationen zu nennen, die z.T. auf der Grundlage der genannten Grundsatzpapiere von 1980 und 1983 eine dezidierte Bewußtseinsbildung betreiben, die sich inhaltlich wie konzeptionell der „ÖIE-Linie“ annähert, zu einem großen Teil allerdings auch nach wie vor ihre althergebrachten Formen der Spendenkampagnen und der missionarischen Bildungsarbeit tradieren. Ihr Einfluß auf die tendenziell eher konservativen katholischen Laienbewegungen ist nach wie vor sehr groß, zumal es sich dabei um eine Klientel handelt, die von der Arbeit des ÖIE kaum erreicht werden dürfte. Ungleichzeitigkeiten in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Österreich sind also nicht zu übersehen, sie verlaufen vor allem entlang der nach wie vor spannungsreichen Differenz „kirchlich“ - „nichtkirchlich“, die ihrerseits auch eng mit der parteipolitischen Orientierung an ÖVP auf der einen, und SPÖ auf der anderen Seite verwoben ist.

Im internationalen Vergleich der westlichen Industriestaaten wird vereinzelt die Nachzüglerrolle von Entwicklungspolitik und entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich hervorgehoben. Im Hinblick auf den früheren Take-Off der institutionalisierten entwicklungspolitischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland (die ihrerseits gegenüber Niederlanden und Schweden eher einen „Time-Lag“ aufweisen dürfte) in der ersten Hälfte der siebziger Jahre kann dies nach den vorliegenden Ausführungen durchaus in diesem Punkt bestätigt werden. Das Urteil von Höll allerdings, der davon ausgeht, daß „in Österreich (...) das politische Engagement für die Nord-Süd-Problematik auf breiter Ebene im Vergleich mit den anderen Geberstaaten des DAC um etwa zehn Jahre verspätet eingesetzt“ habe (Höll 1986, S. 124) ist, was die angegebene Zeitspanne anbelangt, weit überzogen, zumal er den Beginn einer breiten entwicklungspolitischen Bildungstätigkeit in Österreich erst mit der Gründung des ÖIE im Jahr 1979 ansetzt.

Im Vergleich zur Struktur der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der BRD unterscheidet sich die entsprechende Struktur in Österreich vor allem hinsichtlich

- der Existenz einer zentralen Institution der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die die Aktivitäten in diesem Bereich weitgehend zu bündeln vermag und sich zudem auf die Kooperation des größten Teils der in Österreich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Organisationen stützen kann

- dem seit 1974 ersichtlichen und betriebenen Interesse des Staates am Aufbau und der Unterstützung einer solchen Struktur nichtstaatlicher Träger

- der engen Zusammenarbeit der Träger entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit staatlichen Stellen, insbesondere die Kooperation mit Institutionen des Bildungswesens

Alle drei genannten strukturellen Besonderheiten sind auf dem Hintergrund der Spezifika der österreichischen politischen Kultur zu sehen. Von Politikwissenschaftlern wurde zur Beschreibung der politischen Kultur Österreichs oftmals das Bild einer „versäulten Konkordanzdemokratie“ gebraucht. Sie zeichnet sich durch die außerordentlich stabile Aufspaltung der politischen Zugehörigkeit der Österreicher in zwei Lagerparteien aus, die wiederum eng zusammenhängt mit der Klassenzugehörigkeit zum Unternehmerlager auf der einen, zur Arbeitnehmerlager auf der anderen, bei gleichzeitigem übergreifenden sozialpartnerschaftlichem Konsens. Trotz der Polarität der politischen Positionen ist damit das Konfliktpotential streng reguliert, die Orientierung an sozialpartnerschaftlicher Harmonie und der „institutionalisierte Konsenszwang“ (Dormutz/Gstettner 1981, S. 168) dämpfen eine öffentliche Streikkultur. Verbunden mit diesem zumindest bis Anfang der achtziger Jahre hyperstabilen System ist eine geringe politische Partizipation der Bevölkerung außerhalb der von den Parteihierarchien dominierten Meinungsbildungs- und Entscheidungsstrukturen zu konstatieren. Allerdings wird seit Anfang der achtziger Jahre ein Umbruch in der politischen Kultur Österreichs beobachtet, der sich an der Oberfläche als Ende der Zweiparteien-Demokratie äußert, strukturell aber einhergeht mit einem sozialen Strukturwandel, der zur Schrumpfung der klassischen sozialen Basis der beiden Lager führt, der ideologischen Öffnung der Großparteien, sowie der Entwicklung neuer Formen politischer Partizipation im Kontext der neuen sozialen Bewegungen (vgl. hierzu Plasser/Ullram/Grausgruber 1983).

Auf diesem Hintergrund ist auch eher verständlich, weshalb die für die Konzeption der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit so wichtig gewordenen Studien in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die besondere Erwartungen an den Staat formulierten, die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit „von oben“ voranzutreiben. Zwar betonten Jäggle/Sibitz, daß die „Basis der Öffentlichkeitsarbeit“ (...) nur die Tätigkeit verschiedenster Aktionsgruppen sein kann“ (Jäggle/Sibitz 1978, S. 3), gleichzeitig wurde aber vorausgesetzt, daß „in Österreich eine stärkere politische Partizipation der Masse am politischen Geschehen nicht erwartet werden kann, falls diese nicht ‘von oben’ dazu an-

geregt wird" (Gabler 1977, S. 198). Eine koordinierte Animation von oben mit zusätzlicher Mobilisierung und Unterstützung der Basisgruppen wird in jenen Jahren als Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit „Dritte Welt“ empfohlen und spätestens mit der Gründung des ÖIE auch entsprechend umgesetzt.

Als Vermittler zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Interessen (vgl. ÖIE 1989) ist es dem ÖIE auch in einer Weise gelungen, wie dies in dieser Breite in der BRD ohne Beispiel ist, Kooperationen mit Einrichtungen des staatlichen Bildungswesens einzugehen, denen letztendlich immer auch die Unterstützung des BMUK zugrundeliegt. Beispiele wie die schnelle und unkomplizierte Aneignung der ÖH-Vorschläge zur Entwicklungspolitik an Universitäten durch die Rektorenkonferenz im Jahr 1972 oder das „Projekt Lernfeld Dritte Welt“ des ÖJR in Zusammenarbeit mit dem BMUK 1978 zeigen, daß diese Offenheit für Kooperationen im Bildungsbereich nicht nur auf die Zeit der ÖIE-Aktivitäten beschränkt ist. Gleichwohl darf der Einfluß des ÖIE auf das staatliche Bildungswesen nicht überschätzt werden. Zwar scheint die Bereitschaft für extracurriculare entwicklungspädagogische Aktivitäten bei der Lehrerschaft recht groß zu sein, sie werden auch durch die Schulverwaltung entsprechend gefördert, die explizite Verankerung des Lernbereichs Dritte Welt ist an österreichischen Schulen allerdings recht marginal geblieben. Ohnehin sind die innovativen Ansätze zu einer Bildungsreform in den späten siebziger - die u.a. in Schulversuchen, Gesamtschulgründungen und dem Erlaß zur politischen Bildung 1978 zum Ausdruck kamen - zu Beginn der achtziger Jahre wieder abgeklungen und machen seitdem einem neuen „bildungs-politischen Konservatismus“ Platz (vgl. Dermutz/Gstettner 1991). Auch für die zukünftige Bildungsplanung sind zunächst keine Innovationen in Richtung auf ein weltoffeneres, multikulturelles, globales Lernen, wie vom ÖIE intendiert, zu erwarten. Eine von ihrer Aufgabenstellung her mit dem Bericht der Enquete-Kommission „Bildung 2000“ in der BRD und der Expertise „Bildung in der Schweiz von morgen“ vergleichbare Prospektstudie für das österreichische Bildungswesen unter dem Titel „Qualifikation 2000“ (Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 1989) läßt beispielsweise pädagogische Antworten auf die globale Herausforderung völlig vermissen. Daher ist zahlreichen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Österreichs Aktiven in jüngster Zeit auch daran gelegen, nicht nur entsprechende Service-Angebote in das Bildungswesen einzubringen, sondern darüberhinaus Impulse für eine Reform der bildungspolitischen Rahmenbedingungen zu geben. Leitvorstellung ist dabei neuerdings nicht mehr die Tradition der „entwicklungspolitischen Bildung“, als vielmehr - in deutlicher Konvergenz zum Umbruch der entwicklungsbezogenen Bildung in Deutschland - die umfassendere Idee eines „globalen Lernens“, deren Programmatik freilich noch längst nicht ausgearbeitet ist.

Anmerkung: Diese Ausführungen stützen sich auf die Auswertung der angegebenen Literatur, auf die Einsichtnahme in z.T. unveröffentlichte Dokumente in den Archiven des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik ÖIE/Wien, sowie auf Gespräche u.a. mit Veronika

Prasch/Bildungsreferat des ÖIE, Helmut Hartmeyer/Geschäftsführer des ÖIE (bis 1993) und Prof. Dr. Martin Jäggle/Religionspädagogische Akademie Wien. Archivarbeit und Interviews wurden im April 1992 in Wien durchgeführt.

Literatur:

- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (Hrsg.): Qualifikation 2000, Wien 1989
- Bellers, Jürgen: Österreichs Entwicklungspolitik in: E+Z, 33. Jg., 1992, H. 8, S. 19 - 21
- Berger, Herbert: Die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit, in: SPÖ, Enquete der SPÖ zur österreichischen Entwicklungspolitik, Wien 24.4.90, S. 38 - 43
- Bundeskanzleramt (BKA) (Hrsg.): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe 1992 - 1994, Wien 1991
- Dermutz, Susanne/Gstettner, Peter: Österreichische Bildungspolitik: EG-harmonisch oder europareif?, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/1991, S. 167 - 176
- Gabler, Heinz: „Öffentlichkeitsarbeit Dritte Welt“ in Schweden, den Niederlanden und Österreich, IBE-Forschungsdokumentation 10, Wien 1977
- Goiz, Gerhard: Entwicklungspolitik in den Lehrplänen der AHS und Hauptschulen, in: Pädagogische Mitteilungen Jahrgang 1980, Stück 3, Wien 1980, S. 4 - 5
- Höll, Otmar: Österreichische Entwicklungshilfe 1970 - 1983, Wien 1986
- Jäggle, Martin/Sibitz, Bernd: Öffentlichkeitsarbeit Dritte Welt in Österreich, Teil 1, Analyse und Dokumentation, Wien 1975
- Jäggle, Martin/Sibitz, Bernd: Öffentlichkeitsarbeit Dritte Welt in Österreich, Band 2, Programme und Maßnahmenkatalog, Wien 1978
- Kolland-Hutterer, Erika/Mikovic, Stephan: Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich - am Beispiel des ÖIE, Wien 1984
- Komarek, Kurt: Hochschulen und Entwicklungsländer, in: Österreichische Hochschulkenschaft (Hrsg.), Entwicklungspolitik und Universitätsausbildung, Wien 1979, S. 42 - 49
- Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Entwicklungsförderung (Hrsg.): Entwicklungspolitik der Katholischen Kirche in Österreich, Wien 1980
- Leyrer, Karl: Entwicklungspolitik in der Schule unter besonderer Berücksichtigung des Geographie- und Geschichtsunterrichts, in: Pädagogische Mitteilungen Jahrgang 1980, Stück 3, Wien 1980, S. 5 - 8
- Ogris, Gunther: Das Weltbild der 14jährigen und ihre Sichtweise der Nord-Süd-Beziehungen. Schülerbefragung und Lehrerbefragung, Institut für empirische Sozialforschung, Wien 1988
- Österreichische Hochschulkenschaft (Hrsg.): Entwicklungspolitik und Universitätsausbildung, Wien 1979
- Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (Hrsg.): Hunger wird gemacht. Dritte Welt im Unterricht, Wien 1979
- Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (Hrsg.): Entwicklung wohin? Österreichische Entwicklungszusammenarbeit - Leistungen und Probleme, Wien 1988
- Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (Hrsg.): Herausforderung Eine Welt, 10 Jahre ÖIE, Wien 1989
- Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit - Daten, Fakten, Materialien, Wien 1991
- Österreichischer Jugendrat für Entwicklungshilfe: Bericht Öffentlichkeitsarbeit des Jugendrates von August bis Oktober 1974, Wien 1974
- Pernerstorfer, Josef: Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, in: EPN 7/1982, S. 7
- Pitz, Brigitte/Winger, Meinrad: „solidarisch handeln“ - die neue Aktion des ÖIE, in: EPN 7/85, S. 7ff.
- Prokop, Ernst: Untersuchung der Lehrpläne der Volksschule, der Hauptschule und des polytechnischen Lehrgangs - Österreich - Studien zum Themenbereich Entwicklungspolitik - Entwicklungsländer - Entwicklungshilfe im Unterrichtswesen, Nr. 1, Wien 1971
- Stiegnitz, Peter: Entwicklungshilfe aus Österreich, in: Forum Vereinte Nationen, August/September 1975, S. 3
- Wiener Institut für Entwicklungsfragen (Hrsg.): Schule und Dritte Welt, Die Behandlung der Entwicklungsländer und der Entwicklungsproblematik in Schulunterricht und Lehrerbildung, Wien 1970
- Wiener Institut für Entwicklungsfragen (Hrsg.): Entwicklungspolitik Jahrgang 1, Nummer 2, Wien o.J. (1974)